Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser empfing die Mitglieder der chinesischen Studienkommission in Audienz. Sämtliche Herren wurden durch Überreichung des Kronenordens erster Klasse ausgezeichnet.

*Die Herzogin Wilhelm zu Mecklenburg, geb. Prinzessin Alexandrine von Preußen, ist in der Sonntag-Nacht auf Schloß Marly bei Potsdam gestorben.

*Dem Reichstage ist zum Etat für 1906 ein Ergänzungsetat zugegangen. Er verlangt 31 700 Mk. für Umwandlung der Gesandtschaft in Tokoi in eine Botschaft, er bestimmt weiter, daß die Ministerresidentur in Korea in ein Generalkonsulat umgewandelt werde und wirft 6 330 500 Mk. für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung aus.

*Der Beginn der gemeinsamen Übungen der aktiven Schlachtflotte ist auf Montag, 14. Mai, festgesetzt; sämtliche Schiffe werden sich spätestens tags vorher auf der Reede von Helgoland versammelt haben.

Österreich-Ungarn.

*Verschiedene einflußreiche Politiker sind bei der Arbeit, die Wahlreform zu vereiteln. Die Regierung läßt sich aber nicht einschüchtern, sondern geht entschlossen auf ihr Ziel los. Eine Verschleppung in den Ausschüssen, die in der Absicht der gegnerischen Parteien liegt, wird nicht geduldet werden, weder von der Regierung, noch insbesondere von den reformfreundlichen Parteien.

*Wie verlautet, werden demnächst der ungarische Minister des Innern und der Justizminister aus dem Amte scheiden. Ersterer glaubt, seine politische Existenz zu retten, wenn er vor der Verkündung der Alleinherrschaft zurücktrete, um sich dann an die Spitze der Kämpfe für die Rechte des Volkes zu stellen.

*Vornehme Damen, hauptsächlich aus Kreisen des Hochadels, treten in eine Bewegung zur Förderung der ungarischen Bestrebungen auf allen Gebieten ein, hauptsächlich zur Hebung der heimischen Gewerbe-Erzeugnisse und zur Ausschließung fremder Artikel. Die Anhänger dieser Bewegung beschlossen, als äußeres Abzeichen eine Tulpe in den Landesfarben zu tragen.

Frankreich.

*Der Ministerrat hat beschlossen, die Parlamentswahlen auf den 6. Mai festzusetzen.

*In der Deputiertenkammer wurde das Budget mit 464 gegen 45 Stimmen genehmigt. Sodann vertagte sich das Haus bis zum 3. April.

*Die Inventaraufnahme in den französischen Kirchen macht nach wie vor große Schwierigkeiten. Da man das Militär nicht zu Hilfe nehmen will, sind die mit der Durchführung der Inventaraufnahme betrauten Beamten meistens gezwungen, sich unverrichteter Sache wieder zurückzuziehen.

England.

*Die Regierung hat aufs neue eine Note an die Türkei gerichtet, worin die Pforte dringend ersucht wird, ihre Truppen von Taba (auf der Halbinsel Sinai) zurückzuziehen. Die Note droht versteckt mit einer Flottendemonstration. (Ob's etwas helfen wird? — Der Sultan legt den Flottendemonstrationen bekanntlich keinen großen Wert bei!)

Schweiz.

*Der Bundesrat beantragte bei der Bundesversammlung die Ablehnung des vom Nationalrat eingebrachten Vorschlages betr. Übertragung des Baues von Telegraphen- und Telephonlinien an die Privatindustrie.

Italien.

*Die Eröffnung der Mailänder Weltausstellung durch König Viktor Emanuel wurde endgültig auf den 21. April d. festgesetzt.

*Der Papst empfing den amerikanischen Finanzmann Pierpont Morgan in Audienz. Dieser Empfang hängt mit der Entschädigung zusammen, welche die Ver. Staaten an den Heiligen Stuhl für die Konfiskation von Kirchengütern auf den Philippinen sich zu zahlen verpflichteten. Die Entschädigungssumme beträgt 35 Millionen. Da der Papst die Angelegenheit durch nordamerikanische Banken zu erledigen wünscht, so kommen viele Bankleute aus Amerika nach Rom, um vielleicht den Titel eines päpstlichen Bankiers zu erringen.

Schweden.

*Der Reichstag hat in gemeinsamer Abstimmung mit 189 gegen 173 Stimmen beschlossen, daß die Maiszölle unverändert bleiben sollen. Die Minderheit war für Zollfreiheit auf ungemahlenen Mais eingetreten.

Herzogin Wilhelm zu Mecklenburg †.

Spanien.

*Aus Algeciras läßt sich so gut wie nichts berichten. Alle Gerüchte, die heute von dort kommen, werden morgen in ihr Gegenteil verkehrt. Englische und französische Blätter bringen um die Wette allerlei geheimnisvolle Skandalnachrichten, denen die Lüge aus jeder Zeile sieht. Soviel ist jedenfalls sicher, daß in dieser Woche, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, nach einer oder der andern Richtung die Entscheidung fällt.

*Der Kriegsminister ordnete die Bildung von zwei gemischten Brigaden an, die, in vier Abteilungen geteilt, die karlistische Bewegung um Barcelona unterdrücken sollen.

Rußland.

*Die äußerliche Ruhe, die von der russischen Arbeiterschaft seit dem Scheitern der letzten Streikbewegung bewahrt wird, kann nicht über die wahre Stimmung der armen und minderbemittelten Volksschichten im Zarenreiche hinwegtäuschen. Das Vertrauen zur Regierung des Grafen Witte ist allenthalben erschüttert, wenn nicht gar verloren gegangen und man darf wohl sagen, die Funken der Revolution glimmen unter der Asche weiter. Der Minister des Innern ist daher auch unausgesetzt tätig, um jede Ruhestörung im Keime zu ersticken oder schwer zu strafen. So sind z. B., sämtliche mit der Bewachung der Moskauer Kreditbank, in der bekanntlich 850 000 Rubel geraubt wurden, betraut gewesenen Schutzleute im Disziplinarwege angeklagt, ebenso alle ihre unmittelbaren Vorgesetzten. Auch sonst kehrt nach und nach das alte eiserne Regiment wieder.

*In Russisch-Polen sind auf Grund der kaiserlichen Verfügung über die religiöse Duldsamkeit über 20 000 Personen zur römisch-katholischen Kirche übergetreten.

Amerika.

*Der Staatssekretär Root soll anläßlich des allamerikanischen Kongresses ein Einvernehmen mit Brasilien erzielt haben, daß dadurch der Vertreter der Union in Südamerika würde und gegen kleinere Staaten einschreiten könnte, ohne daß die Eifersucht der Union erregt würde.

Afrika.

*Ras Makonnen, der ungekrönte Vizekönig von Abessinien und Vetter des Negus Menelik, ist in Hadat gestorben. Ras Makonnen, ein der europäischen Kultur durchaus geneigter Mann, hat sich insbesondere bei den Kämpfen mit Italien rühmlichst ausgezeichnet.

Asien.

*In Wladiwostok wurden in einem Fort zwei Matrosen der japanischen Handelsmarine verhaftet. Man fand bei ihnen Pläne der Forts und Notizen darüber.

*Die Unruhen in Schanghai haben die amerikanische Regierung veranlaßt, dortselbst ein Geschwader zusammenzuziehen. Wie ernst man die Lage auffaßt, geht daraus hervor, daß das Linienschiff „Wisconsin" vom Admiral Train den dringlichen Befehl erhalten hat, sofort von Manila in See zu gehen und sich dem amerikanischen Geschwader vor Schanghai anzuschließen.

Aus dem Reichstage.

Am 24. d. beendete der Reichstag die Beratung des Etats für Südwestafrika. Die Anträge betr. den Vertrag mit der Firma Tippelskirch wurden an die Budgetkommission zurückverwiesen, ebenso der Etatstitel betr. die betriebsfähige Wiederherstellung des Hafens von Swakopmund. Der von der Kommission beschlossenen Streichung von 15 Millionen für die Expedition nach Südwestafrika trat der Reichstag bei. Die Kommission ist bei diesem Abstrich von der bestimmten Erwartung ausgegangen, daß die Regierung einen großen Teil der Beamten zurückziehen werde. Die Forderung für die Bahn Windhoek—Rehoboth wurde gestrichen, wobei von mehreren Rednern betont wurde, daß die Fortsetzung der Bahn von Kubub nach Keetmannshoop erheblich dringender sei. Die Sitzung, die im allgemeinen sehr still verlief, wurde einigermaßen lebhaft, als der Vizepräsident sich genötigt sah, in den Ausführungen des Obersten Deimling, die sich gegen Ledebour (soz.) richteten, das Wort „Verhetzung" zu rügen. Nachdem festgestellt war, daß von beiden Seiten Mißverständnisse obgewaltet hatten, schloß die Debatte und das Haus vertagte sich.

Erster Gegenstand der Tagesordnung am 26. d. ist die erste Beratung eines Ergänzungsetats für den Etat für das Jahr 1906. Dieser Ergänzungsetat fordert für strategische Eisenbahnen (Oldesloe, Neumünster, Padburg—Tinaleß, Glückstadt—Wilster, St. Margareten—Tondern, Oldenburg—Ellenstedtmann—Sonde) insgesamt 6 350 500 Mk. Ferner sieht der Ergänzungsetat die Umwandlung der Ministerresidentur in Korea in ein Generalkonsulat, und die Umwandlung der bisherigen Gesandtschaft in Tokio in eine Botschaft vor.

Auf Antrag v. Normann (kons.) wird der Ergänzungsetat ohne Debatte der Budgetkommission überwiesen.

Die zweite Beratung des Kolonialetats wird darauf fortgesetzt. Die Beratung beginnt heute mit dem Etat für Neu-Guinea.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die übergroße Zahl unserer Kolonialbeamten bringt es mit sich, daß die Ausgaben Deutschlands für Neu-Guinea und den Bismarck-Archipel 22 000 Mk. pro Jahr auf jeden Farmer ausmachen. Wenn ein Kaufmann derartig wirtschaften wollte, so würde er bald bankrott machen, auch wenn er Millionen als Reservefonds hinter sich hätte. Praktischer wäre da doch, die dortigen Deutschen als Reichspensionäre zurückzuberufen. Die Verhängung der Prügelstrafe konnte einzelstandenermaßen in Neu-Guinea zu Aufständen führen. Gerade die Südseeinsulaner sind ein sehr feinfühliger Menschenschlag. 25 Schläge führen in den meisten Fällen zu einer völligen Zerrüttung des Nervensystems, und nach zweimaliger Wiederholung sind sie meist total körperlich und geistig gebrochen.

Geheimer Legationsrat Rose: Der Abg. Erzberger hat hervorgehoben, wie teuer das Schutzgebiet verwaltet werde. Ein Gebiet wie das von Neu-Guinea, welches in zahllose Inselgruppen verteilt ist, läßt sich nicht so einfach und leicht und mit so wenig Kräften verwalten wie die kompakten Landmassen von Kamerun, Togo und Ostafrika. Was die Aussichten des Schutzgebietes betrifft, so sieht der Abg. Erzberger zu schwarz. Wir haben mit dem Hauptergebnis bis jetzt noch geringe Erfolge gehabt, aber das wird sich in kürzester Frist ändern. Die Kokospalme bedarf einiger Jahre, um vollständige Erträge zu liefern. Es sind umfangreiche große Kulturen jetzt schon angelegt, deren Erträge erst in fünf, sechs oder mehr Jahren in die Erscheinung treten werden. Es kann nach meiner Ansicht sehr wohl zweifelhaft sein, ob nicht die Prügelstrafe in gewissen Fällen als Disziplinarstrafe angewendet werden kann. Diese Unklarheit erklärt sich zum Teil daraus, daß die Beamten vielfach keine gelernten Juristen waren.

Abg. Dasbach (Zentr.): In der Beschwerdeschrift von 1901 ist behauptet, es bestehe ein „geheimer Vertrag mit der Jaluitgesellschaft", durch den diese berechtigt sei, jeden ihr mißliebigen Beamten entfernen zu lassen. Dieselbe Beschwerde erwähnt die Käuflichkeit der Beamten für eine Flasche Sekt. Was die Prügelstrafe betrifft, so habe ich Zeugnisse eines Missionars, der der Vollstreckung zugesehen und die verheerenden Folgen an dem Körper der Gepriegelten gesehen hat; er bestätigt, daß die Strafe in der grausamsten Weise vollzogen wird. Die Soldaten müssen aufs schärfste zuhauen, die Peitsche zischt, wenn sie gegen den zu Schlagenden herniedersaust. Dadurch wird eine Erbitterung bei den Eingeborenen erzeugt, die zu Aufständen führen muß.

Geh. Legationsrat Rose: Ein geheimer Vertrag zwischen dem Reich und der Jaluitgesellschaft des Inhalts, daß mißliebige Beamte, die der Jaluitgesellschaft nicht gefallen, abberufen werden, existiert nicht und hat nie existiert. Die Behauptung, daß Räte der Kolonialabteilung für einige Flaschen Sekt für alles zu haben seien, was die Jaluitgesellschaft wünsche, ist nicht eine Anführung des betreffenden Beamten in seiner Beschwerdeschrift aus eigener Wissenschaft, sondern er hat dies nur als Äußerung eines Angestellten der Jaluitgesellschaft berichtet.

Abg. Ledebour (soz.): Interessant war es zu hören, daß bis in die neueste Zeit hinein die Beamten im Zweifel darüber waren, ob die Prügelstrafe ein rechtliches Strafmittel sei.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Zweifelhafte Elemente in der Beamtenschaft sollten entfernt und durch erstklassige Beamte ersetzt werden. Die Prügelstrafe wirkt verrohend auf den Empfänger und den Verabfolger. Ebensowenig, wie wir die Prügelstrafe in Deutschland haben wollen, sollten wir sie in den Kolonien anwenden.

Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.): Die neue Firma der Kolonialabteilung sollte nicht die Sünden der alten Verwaltung zu decken suchen. Durch Prügel werden sogar Hunde und Pferde demoralisiert, wieviel mehr dann Menschen!

Nach weiterer kurzer Debatte werden die Etats für Neuguinea, die Karolinen, Marianen und Marschallinseln, sowie die Etats für Samoa und Kiautschou bewilligt.

Das Haus geht darauf zur zweiten Beratung der Novelle zum Flottengesetz, Vermehrung des Schiffsbestandes um sechs große Kreuzer, über.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Novelle.

Abg. Bebel (soz.): Darüber, daß die Vorlage Annahme finden wird, haben die Kommissionsberatungen keinen Zweifel gelassen. Sie zeigen, daß die einzige ablehnende Partei die Sozialdemokratie ist. Unsere auswärtige Politik hat uns das Mißtrauen des Auslandes eingebracht, so daß wir vollständig abgeschlossen sind, Rußland, Frankreich und England geschlossen gegen uns haben und uns auf den Dreibund nicht verlassen können. Da machen wir nicht mit und lehnen auch diese Vorlage ab.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Zeiten und Bedingungen haben sich für die Flotte geändert. Deshalb haben sich auch die Anschauungen der früheren Gegner der Flotte, soweit sie auf nationalem Standpunkte stehen, geändert. Allerdings gehört Herr Bebel nicht dazu, und ich glaube auch, daß er mit seinen Parteigenossen nicht ganz einig dasteht. Die Bezeichnung „Schwimmende Särge" für die alten Kriegsschiffe — die tatsächlich für gewisse lokale Zwecke verwendet werden — ist als ein Schlagwort aufzufassen, wenn auch meiner Ansicht nach als ein bedauerliches. Der Hinweis auf die Abgeschlossenheit Deutschlands sollte doch für Herrn Bebel die Folge haben, daß erst recht die Flotte schleunigst ausgebaut werde.

Darauf vertagt sich das Haus.

Von Nah und Fern.

Der Schneesturm, der in den letzten Tagen wütete, hat in verschiedenen Teilen Deutschlands großen Schaden und erhebliche Verkehrsstörungen verursacht.

Ein Todesfall an schwarzen Pocken in Stettin. Im städtischen Krankenhause zu Stettin ist eine Arbeiterin an echten schwarzen Pocken gestorben. Da die Arbeiterin mit zahlreichen Personen in Berührung kam, wurden ärztlicherseits die weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Die letzte Rate.

11] Roman von Karl Schmelling.

(Fortsetzung.)

Für jemand, der gegen tausend Leute beschäftigt und mit den Familien der verheirateten Arbeiter über etwa zweitausend Menschen beiderlei Geschlechts und jedem Alters zu verfügen hat, ist es in einer kleinen Stadt von vielleicht zehntausend Einwohnern nicht schwierig, einem Geheimnis auf die Spur zu kommen.

Es galt daher für Reuser zunächst, des Knaben habhaft zu werden, der das Billett für Luise überbracht hatte. Eines der Mädchen des Hauses hatte sich den Burschen etwas genauer angesehen und konnte deshalb eine Beschreibung seines Äußern liefern. Als dem Mädchen ein Knabe, auf welchen die Beschreibung paßte, vorgeführt wurde, bezeichnete ihn dasselbe bestimmt als denjenigen, der das Billett für Fräulein Luise überbracht hatte. Der Kommerzienrat nahm den Jungen daher streng ins Gebet.

Es zeigte sich indessen bald, daß der Knabe weiter nichts wußte, als was er schon früher gesagt hatte, jedoch fügte er seinen Mitteilungen hinzu, daß er den Herrn, der ihm das Billett gegeben habe, seither täglich, wenn er in die Schule gehe, in der Stadt aus dem Gerichtsgebäude habe kommen sehen. Das war ein beachtenswerter Wink.

Der Kommerzienrat gab daher dem Knaben einen vorsichtigen, gewitzten, halberwachsenen Burschen zur Seite, damit dieser sich den gedachten Herrn von jenem zeigen lasse.

Der sehr gewandte Kundschafter Reusers brachte denn auch schnell Klarheit in die Sache. Die Person, die ihm schon an einem der nächsten Tage der Knabe bezeichnete, war ein Kanzleiarbeiter des Gerichts. In einer kleinen Stadt kennen sich so ziemlich alle Leute von Person. Sobald Reusers Kundschafter erst den Mann gesehen hatte, wußte er auch den Namen desselben. Es war ihm ferner bekannt, daß der junge Mann einen Kollegen und Freund hatte, und daß beide in gewissen Kreisen „die Unzertrennlichen" genannt wurden. Die jungen Leute waren Söhne von kleinen Beamten, die in der Stadt Stellung hatten.

Der Kommerzienrat ging bei seinen Forschungen ganz systematisch zu Werke. Sobald er den Bericht erhalten hatte, zog er genaue Erkundigungen über das Verhalten und den Ruf der jungen Leute sowie über deren Familie ein. Er hörte nur Gutes über alle Glieder derselben.

Um so auffallender mußte daher der Streich erscheinen, den die beiden „Unzertrennlichen" ausgeführt hatten. Sie und ihre Angehörigen standen Reuser und dessen Tochter vollständig fern. Es mußte sich hier also notwendig noch ein andrer hinter den Kulissen befinden, was ja auch mit Luisens Beobachtung übereinstimmte. Jenen zu entdecken, bildete nun die Hauptaufgabe. Der Kommerzienrat begab sich also mit dem Billett und seinem weiter gewonnenen Inhalt zu dem Leiter des in Bühne befindlichen Gerichts.

Der Gerichtsrat Straube war ein sehr ernster, eigentlich sogar finsterer Mann. Das Richteramt bietet nur zu viel Gelegenheit, den Menschen von der unvorteilhaftesten Seite kennen zu lernen, und läßt daher leicht die Achtung vor dem ganzen Geschlechte verlieren.

Der Gerichtsrat Straube war im Laufe der Zeit geradezu Menschenhasser geworden; niemand hatte gern etwas mit ihm zu tun, denn wer ihm nahe trat, gleichviel ob amtlich oder außeramtlich, durfte darauf gefaßt sein, von dem grämlichen Manne unfreundlich behandelt zu werden.

Den Fabrikherrn schreckte dies jedoch nicht, er konnte gewellen recht rücksichtslos sein und bewies das in diesem Falle schon dadurch, daß er ohne besondere Umstände das Arbeitszimmer des Gerichtsherrn betrat und demselben recht gemütlich einen guten Morgen wünschte.

„Morgen!" erwiderte der Gerichtsrat, so langgezogen, daß es wie ein Knurren klang. „Was gibt es? Beschwerden über Mitglieder des Gerichts müssen schriftlich eingereicht werden."

„Habe ich denn schon von solchen Beschwerden etwas merken lassen?" bemerkte Reuser ärgerlich. „Kennen Sie mich, Herr Gerichtsrat?"

„Kenne Sie," erwiderte der Gerichtsrat und schrieb ruhig weiter.

„Nun denn," rief der Fabrikant auffahrend, „so bitte ich Sie, mir Gehör zu schenken."

Der Gerichtsrat hielt mit dem Schreiben inne und legte die Feder fort.

„Was wollen Sie denn?" fragte er mit dumpfem Grollen.

„Zuerst will ich, daß Sie mich Herr Kommerzienrat nennen, wie ich Sie Herr Gerichtsrat nenne," riet Reuser zornig, „denn ich dulde ebensowenig versteckte wie offene Beleidigungen."

Das mochte dem galligen Herrn wohl noch niemand geboten haben. Er saß da wie eine Bildsäule erstarrt, doch nicht etwa vor Schreck, sondern in unausgesprochener Wut. Er überlegte, während er sich zu fassen suchte, zugleich welchen Ton er bei der ferneren Unterhaltung mit dem so bestimmt auftretenden Fabrikanten anschlagen sollte. Er verfiel schließlich auf eine sarkastische Ausdrucksweise und fragte in derselben mit bemerkbar übertriebener Höflichkeit, womit er dem Fabrikherrn und Titular-Kommerzienrat in aller Ergebenheit dienen könne.

Reuser überhörte den Spott oder den Hohn; er war über sich selbst unwillig geworden. Es war sonst nicht seine Gewohnheit, sich auf seinen Titel oder seinen Reichtum zu stützen. Er hatte sich übereilt und ärgerte sich deswegen. Auch lag ihm nicht daran, den Streit mit dem grämlichen Gerichtsrat noch weiter auszuspinnen und bis auf die äußerste Spitze zu treiben.

„Sie wissen vielleicht, daß meine Tochter Braut ist, Herr Gerichtsrat," sagte er in ganz ruhiger Weise.

„Gerüchtweise — ja, Herr Kommerzienrat," lautete die herbe Antwort.

„Meiner Tochter ist nun von Herren des Gerichts ein recht unangenehmer Streich gespielt worden," fuhr Reuser fort und erzählte ausführlich, was in jener Hinsicht geschehen war, indem er zugleich das mehrfach erwähnte Billett überreichte.